

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 150. Ratssitzung vom 5. April 2017

2830. 2016/390

**Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom
09.11.2016:**

**Bewilligungsverfahren für Geschäfte und Durchsetzung von Verkehrs- und
Parkierungsvorschriften, keine Bevorzugung für Geschäftsinhaber mit
Migrationshintergrund**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements
namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

*Dr. Daniel Regli (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2395/2016):
Es geht hier um eine frühere ESSO-Tankstelle. Man kann dort weiterhin tanken, es han-
delt sich aber vor allem um einen Shop. Der löst in Zürich Seebach seit Jahren Irritati-
onen und grossen Ärger aus. Wir haben im November 2015 eine Schriftliche Anfrage ge-
stellt. Wir wollten vom Stadtrat wissen, was er unternimmt, um die krassen Situationen
zu beheben. Der Stadtrat hat gesagt, dass die Zufahrt zu den privaten Parkplätzen im
Hinterhof oft unmöglich sei. Dieses Problem stelle sich auch für die Fahrzeuge zur Anlie-
ferung von Waren und Treibstoff, weshalb diese oft auf der Strasse parken würden. Die
Strasse ist stark befahren. Der Stadtrat musste zugeben, dass es so viele Auslagen gibt,
dass sogar auf der Fahrspur parkiert wird. Der Stadtrat konnte natürlich nicht sagen,
dass er das toleriert. Er hat gesagt, es müsse nachgebessert werden. Er wies darauf hin,
dass ein nachträgliches Bewilligungsgesuch gerade eingetroffen sei. Bei der Beurteilung
des Gesuchs sei die kaum befriedigende Situation zu berücksichtigen, so der Stadtrat.
Es ist nicht viel passiert. Dasselbe gilt für einen ähnlichen Shop in Affoltern. Ein Jahr
später hat der Stadtrat auf eine weitere Schriftliche Anfrage geantwortet, die Eigentü-
merschaft sei bereits 2013 mehrfach aufgrund feuerpolizeilicher und lebensmittelhygie-
nischer Missstände aufgefordert worden, ein nachträgliches Gesuch für die ausgeführten
Umbauten und die entstehende Kühlzelle einzureichen. Der Stadtrat führt auf, dass di-
verse Auflagen zum Anlieferungskonzept innerhalb einer Frist zu erfüllen seien. Der
Stadtrat musste zugeben, dass das Problem nicht behoben ist. Aus Gründen der Kulanz
sollte jedoch bis Weihnachten 2016 abgewartet werden. Die Missstände sind seit Jahren
bekannt. Trotzdem wird bis Weihnachten 2016 gewartet. Der Stadtrat hat uns beim an-
deren Shop in Affoltern mitgeteilt, dass er bereits 2004 angefangen habe, verkehrstech-
nisch zu regeln. Es wurde an der Wehntalerstrasse ein neues Verkehrsregime durchge-
setzt. Es mussten Poller installiert werden. Der Stadtrat musste zur Kenntnis nehmen,
dass weiterhin mitten auf der Strasse parkiert wird. Der Stadtrat hat gesagt, er verlange
die Umsetzung eines privaten Anlieferungskonzepts. Es wird weiterhin mitten auf der
Spur angehalten und ausgeladen. Dennoch appelliert der Stadtrat an eine gute nachbar-
schaftliche Zusammenarbeit. Das klingt wie beim Kochareal. In der Stadt gilt nicht glei-
ches Recht für alle Personen. Der Stadtrat lässt die Angelegenheit schleifen. Diese Mig-
ranten sind hier willkommen, der Stadtrat verschliesst beide Augen. Dies ist auch ge-
genüber der Polizei unfair, die dort ständig Bussen verteilen muss.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Dem Stadtrat und der Stadtpolizei zu unterstellen, Geschäftsinhaber mit Migrationshintergrund würden bevorzugt, ist unverschämt. Das ist eine krasse Anschuldigung. Die Situation bei beiden Geschäften ist schwierig. Es ist aber nicht so, dass nichts gemacht wird. In einem Fall wurde ein besseres Anlieferungskonzept erstellt. Es wird auch durch vermehrte Kontrollen darauf geachtet, dass die Verkehrsbehinderungen nicht zu gross werden. Sie wissen aber auch, dass die Zuliefersituation in vielen Fällen sehr schwierig ist. Oft ist es so, dass ein Lieferwagen irgendwo stehen muss, wo er ein Hindernis darstellt. Das gehört zur Stadt. Wir können nicht auf einzelne Inhaber, die uns nicht passen, losgehen. Die Polizei schaut genau hin. Wir drücken kein Auge zu.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Ich habe in den letzten Jahren von der SVP gelernt, dass die Ausländer faul sind und herumliegen. Jetzt höre ich, dass sie Geschäfte betreiben und Angestellte haben. Sie verursachen Verkehrsprobleme. Das passt nicht zusammen. Ihr sagt, man solle das Problem lösen. Das Verteilen von Bussen sei keine Problemlösung. Auch das ist ein Widerspruch. Der Stadtrat geht das Problem an. Dies sieht man daran, dass dort in den letzten Jahren Kurzzeitparkplätze für Kunden entstanden sind. Diese werden rege genutzt. Wenn hierfür ein Postulat notwendig ist, dann muss man auch für jeden Vorfall am Limmatquai ein Postulat einreichen. Es braucht Augenmass. Das fordert ihr immer auch von der Politik und den Gerichten. Man muss das Problem angehen, das Postulat ist jedoch unnötig. Wir vertrauen dem Stadtrat.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Ich muss dem Büro eine ernsthafte Rüge aussprechen, dass es dieses Postulat in dieser Form entgegengenommen und nicht an den Absender zurückgeschickt hat. Die Postulanten unterstellen dem Stadtrat ungesetzliche Handlungen. In der Stadt haben wir den Anspruch, dass zumindest in unserer Beziehung mit den Behörden alle Menschen gleich sind. Wir wollen keine Verhältnisse, wie sie beim Kanton unter Kantonsrat Raphael Huber herrschten. Wenn die SVP den Verdacht hat, dass Türken oder andere Ausländer von der Stadtregierung besser behandelt werden als Einheimische, so soll sie dies beim Statthalter monieren. Dieser könnte dem Handeln einen Riegel vorschieben. Doch die SVP weiss, dass die unterstellten Handlungen nicht zutreffen. Deshalb versucht sie mit einem Postulat ihrer Ausländerpolitik Sauerstoff einzuhauen. Ich bitte das Büro künftig derartige Postulate zurückzuweisen.

Reto Vogelbacher (CVP): Das Postulat schießt über das Ziel hinaus. Es richtet sich einseitig gegen Betreiber von Shops mit Migrationshintergrund. Wir finden es gut, dass Mitbürger mit Migrationshintergrund arbeiten und mit ihrem Gewerbebetrieb Geld verdienen. Neben dem Shop befindet sich das Brockenhaus Hiob. Auch dort verkehren Lastwagen. Auch dies müsste ins Postulat einbezogen werden, wenn das Postulat fair sein soll. Im Postulat wird erwähnt, es gäbe erhöhtes Stauaufkommen. Der Stau entsteht bei der Barriere an der Zehntenhausstrasse. Diese ist viel gravierender in der Auswirkung. Die Stadtregierung macht keine ethnische Bevorzugungen und auch keine Laissez-

3 / 3

Faire-Politik. Wenn eine Laissez-Faire-Politik betrieben wird, dann betrifft dies das Koch-Areal. Generell arbeiten die Stadt und ihre Behörden sehr sauber. Es ist auch übertrieben, wenn im Postulat von einer Pseudointegration gesprochen wird. Die Shopbetreiber verdienen Geld mit redlicher Arbeit. Sie fallen der Allgemeinheit nicht zur Last.

Andreas Egli (FDP): *Ich bin froh, dass die Stadtpolizei die Parkplatzproblematik und auch das Problem im Koch-Areal nicht mit der Pistole löst. Als ich das Postulat zum ersten Mal gelesen habe, dachte ich, dass ich das Postulat unterstützen werde, wenn es zutrifft. Unsere eigenen Stadträte haben uns glaubwürdig versichert, dass es eine solche Praxis nicht gibt. Wir empfehlen euch, an den Statthalter heranzutreten, wenn die Vorwürfe tatsächlich zutreffen sollten. Der Statthalter ist bekannt dafür, dass ihm Rechtsgleichheit und die entsprechende Ausübung der stadträtlichen Macht sehr wichtig ist.*

Samuel Balsiger (SVP): *Wenn Sie sagen, dass es keine Rechtsgleichheit gibt, dann stimmen Sie dem Postulat indirekt zu. Die Regierung in der Stadt ist ideologisch aufgeladen. Es gibt so viele Beispiele, durch die man erkennen kann, dass nicht jeder gleich ist vor dem Gesetz. Sie untergraben die Akzeptanz der Ausländer, wenn Sie erlauben, dass das Gesetz unterschiedlich angewandt wird. Sie widersprechen sich in Ihrer Argumentation und geben dem Postulat recht.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Ich muss Stadtrat Richard Wolff recht geben damit, dass meine Aussage mit dem Zudrücken beider Augen ungünstig gewählt war. Die Dinge werden durch die gutmenschliche Brille betrachtet, man lässt sehr viel Kulanz walten in dieser Stadt. Sie sehen einfach nicht klar. Die Leute sehen das Unrecht nicht. Wenn bewiesen werden kann, dass es in der Stadt einige Schweizer Shops gibt, die sich ebenfalls so viel zuschulden kommen lassen, lasse ich mich gerne vom Gegenteil überzeugen. So infam sind meine Vorwürfe nicht. Haben wir jemals gesagt, es gäbe keine Ausländer, die unternehmerisch tätig sind? Wenn bewiesen werden kann, dass mit Schweizer Geschäftsführern genauso kulant verfahren wird, lasse ich mich überzeugen. Wir sind froh, dass das Büro keine Zensurbehörde ist. Die Pistole ist ein Symbol für die Durchsetzung von Recht. Es geht mir nicht darum, dass irgendwo geschossen wird. Es geht darum, dass das Recht umgesetzt wird. Dies ist der Stadtrat bislang schuldig geblieben.*

Das Postulat wird mit 20 gegen 99 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat